



Fragestunde Augustsession 2026

Preisig betreffend Kritik am Bündner Justizsystem

Am 2. August 2026 publizierte der Sonntagsblick einen Artikel, der das Bündner Justizsystem in ein schlechtes Licht stellt (siehe Sonntagsblick vom 02.08.2026: Bündner Justizkrimi um Immobilie – «Ich werde von Dilettanten vorgeführt»). Der Artikel schildert einen langjährigen Rechtsstreit um ein Haus, bei dem ein Käufer beim Kauf von einer Zweitwohnung ausging, die sich später aber als Erstwohnungspflicht im Grundbuch entpuppte. Laut Bericht verlor der Käufer dadurch rund 1,3 Millionen Franken. Brisant sei, dass der beurkundende Notar zum Zeitpunkt des Kaufs (2005) zeitgleich auch noch Gemeindepräsident und Vorsteher der Baukommission sowie Präsident der kantonalen Notariatskommission war. Gemäss Notar hätte die Gemeinde das Eintragen der Pflicht 1997 schlicht vergessen – er hatte damals schon die Ämter inne.

Es folgte ein komplizierter Justizmarathon mit Vorwürfen wie Betrug, Begünstigung, falsche Anschuldigung und Amtsgeheimnisverletzung, in der die Strafjustiz ihrerseits in die Schusslinie geriet, weil sie den Fall liegen liess, bis er verjährte bzw. ein weiteres Verfahren erfolglos endete, weil der Kanton auf eine Anzeige gegen den eigenen Mitarbeiter verzichtete.

Der Artikel bezieht sich zwar einzig auf diesen seit Jahrzehnten andauernden Rechtsstreit. Trotzdem vermittelt er den Lesenden das ungute Gefühl von allgemeinem Filz, Ämterhäufung und einem dysfunktionalen Justizsystem.

Gestützt auf diese erneuten unschönen Schlagzeilen aus Graubünden ersuche ich die Regierung, die folgenden Fragen zu beantworten:

1. Welche Konsequenzen zieht die Regierung aus dem Eindruck eines strukturell überlasteten oder schlecht funktionierenden Justizsystems?
2. Der Artikel fordert indirekt mehr Ordnung, Transparenz und Verantwortlichkeit in Graubündens Justiz. Wie stellt der Kanton sicher, dass Verfahren unabhängig und ohne politische oder institutionelle Einflussnahme geführt werden?
3. Oder anders gefragt: Wer soll nun konkret wie eingreifen?

Grossrätin Franziska Preisig, Samedan

19. August 2026